

10563

AZB
3001 Bern

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 923 76 56 Fax 01 923 76 57 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	---	--

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

23. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Schweizerische
Landesbibliothek
Halbwystrasse 15
3003 Bern

Inhalt



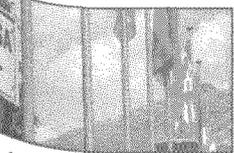
Ein eigenes Profil
Ein Gespräch mit der
Präsidentin der FDP-
Frauen Schweiz,
Sibylle Burger-Bono

5



Nebenthema
Rückbesinnung auf den
Verfassungsauftrag
der Armee

8



Tessiner Impressionen
Die Praxis war besser als
die vorgefasste
Meinung

14/15

Anzeige

Tatsache 2:

**Öl-Kondensations-
heizungen erreichen
einen Wirkungsgrad
von 103%.**

WARM THERM
Innothem AG - Tolackerstrasse 14 - 8274 Tägervilen
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

Die Herde zusammenhalten

Gespräch mit Parteipräsident Franz Steinegger

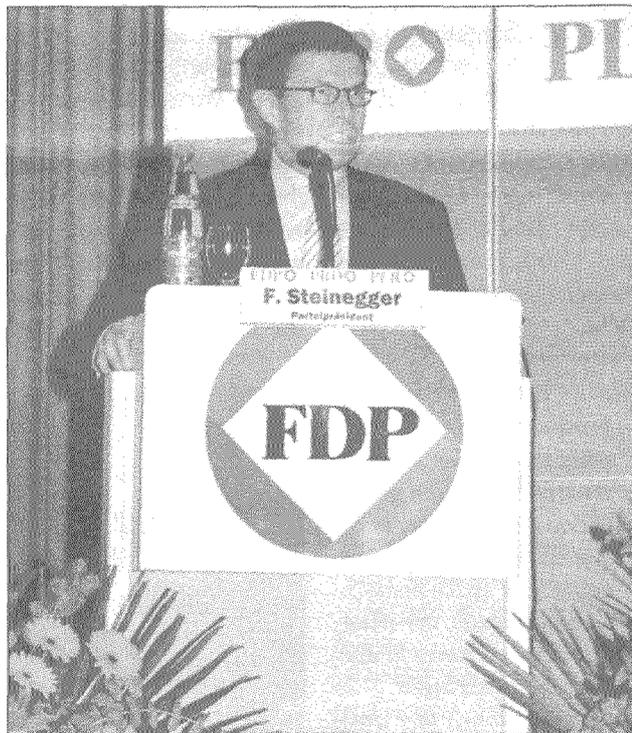
1989 wurde der Urner Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen, zum Nachfolger von Parteipräsident Bruno Hunziker, Aarau, an die Spitze der FDP Schweiz gewählt.

Interview: Ruedi Schläpfer,
GS FDP Schweiz

Bei Ihrer Wahl vor 12 Jahren zum FDP-Präsidenten hatten Sie im Sinne, lediglich acht Jahre der Partei vorzustehen. Was war der Hauptgrund, der zu der vierjährigen Verlängerung führte?

Ich erinnere mich nicht mehr genau. Vielleicht hatte ich keine Zeit, den Rücktritt zu erklären. Ich bin auch nicht zum Rücktritt aufgefordert worden. Auf jeden Fall wollte ich aber eine klar positionierte und stabilisierte Partei zurücklassen.

Dies ist Ihnen mit einem Verlust von 0,3 Prozent – zwischen den Wahlen 1995 und 1999 – auch gelungen. Um dies zu erreichen, mussten Sie zu-



Franz Steinegger verstand es immer wieder, selbst die nüchternsten Traktanden farbig abzuwickeln.

sammen mit der Geschäftsleitung die Strategie ändern?

Es ging darum, in der neuen Unübersichtlichkeit eine klare Position zu finden und über eine überzeugende Sachpolitik das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu sichern. Dabei durfte die Identität oder die Lehre der Freisinnigen nicht in Frage ge-

stellt werden. Mit den Freisinnigen kann man nicht verantwortungslose Politik betreiben, und man darf wegen eines kurzfristigen Erfolges auch nicht jedes Mittel einsetzen.

Was war die Erfolgsmischung aus Ihrer persönlichen Sicht?

Erstens politisiere ich lieber auf der Lokomotive als

im hintersten Wagen. Zweitens habe ich im Laufe der Jahre erkannt, dass manchmal die Philosophie des Hirtenhundes nötig ist, der hinter der Herde bellt.

Als FDP-Mitglied hat man aber kaum wahrgenommen, dass jemand hinter der Herde bellt.

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen dem Appenzeller Bläss und einem Urner Hirtenhund. Die Urner treiben nicht immer von hinten, sie umkreisen die Herde und achten darauf, diese zusammenzuhalten.

Bei Parolenfassungen hat es sich aber trotzdem gezeigt – denken wir an die Mutterschaftsversicherung und die Ja-zur-EU-Frage –, dass Ihnen das Zusammentreiben der Herde nicht immer gelungen ist.

Hier zeigt sich die Stärke der FDP. Unsere Mitglieder und Delegierten laufen nicht blindlings hinter dem Leithammel her. Dieses Verhalten überlasse ich

Fortsetzung auf Seite 2



Mit Parteimitgliedern das Gespräch führen war eine Stärke Franz Steineggers.

Fortsetzung von Seite 1

gerne anderen Parteien. Je nach Interessenslage und Mentalität werden die Vorlagen innerhalb der FDP unterschiedlich gewertet. Von besonderer Genugtuung ist aber immerhin die Tatsache, dass das Volk in den letzten Jahren den FDP-Parolen gefolgt ist. Dies ist keiner anderen Partei im gleichen Mass gelungen, auch wenn es in den Medien manchmal anders tönt.

Persönlich darf ich festhalten, dass ich mit Ausnahme des Interlakener EU-Entscheidung nie Probleme mit Entscheiden der Partei hatte.

Wie erklären Sie sich, dass diese Abstimmungserfolge sich in den Wähleranteilen nicht erfolgreich ausgewirkt haben?

Offensichtlich bellen die anderen Parteien bei Abstimmungserfolgen lauter. Ja, sie gehen so weit, dass sie mit der Vergesslichkeit

der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger rechnen. Die SVP hat zum Beispiel vor der Abstimmung zu den bilateralen Abkommen kaum einen Finger krumm gemacht. Heute spielen sie sich als die Sieger auf, «die immer eine klare Linie hatten».

Als Sie 1989 zum Parteipräsidenten gewählt wurden, war der Zürcher Wirtschaftsfreisinn gleichermassen negativ in den Schlagzeilen wie heute. Hat es Sie damals speziell gereizt, als «Katastrophen-Franz» in die Bresche zu springen, oder war Ihnen Ihre damalige Formulierung wichtig, die «kritische Distanz zur Wirtschaft zu vergrössern»?

Ich habe nie von «kritischer Distanz» geredet. Mein Slogan hiess «kritische Solidarität» mit der Wirtschaft. Diese Zielsetzung halte ich nach wie vor für richtig. Gerade in der Wirtschafts- und Finanzpolitik

brauchen wir uns nicht zu verstecken. Soweit für die gute Wirtschaftslage – heute mit praktischer Vollbeschäftigung – die Politik ihren wichtigen Beitrag geleistet hat, waren die Freisinnigen entscheidend beteiligt. Fast immer gegen die Linke, oft auch gegen

die Status-quo-Politik der SVP.

Wenn Sie heute auf Ihre zwölfjährige Amtszeit zurückblicken, stellt sich die Frage, war der Parteitag von 1995 für Franz Steinegger einer der wenigen Negativpunkte?

Dieser Parteitag hat uns tatsächlich etwas geteilt. Insbesondere haben wir, statt unsere Kompetenz in der Wirtschaftspolitik zu demonstrieren, uns in eine Frage verbissen, wo es, wie der 4. 3. 2001 gezeigt hat, nichts zu gewinnen gab.

Was tröstet Sie am Ende Ihrer Präsidentschaft über alle positiven und negativen Erlebnisse hinweg?

Wenn ich Europa anschau, wo viele liberale bürgerliche Parteien vom Rechtspopulismus unter Druck geraten sind, steht die FDP Schweiz nicht

schlecht da. Auch haben sich fast überall in Europa linke Mehrheiten ergeben, liberale Gruppierungen wurden zerrieben. Wir sind die grösste Fraktion. Auch die Wahlen kürzlich in den Kantonen Solothurn und Aargau haben gezeigt, dass wir als stärkste bürgerliche und liberale Kraft unangefochten sind.

Was geben Sie Ihrem Nachfolger für einen Tipp?

Ich gehe davon aus, dass Gerold Bührer zu meinem Nachfolger gewählt wird. Er braucht keine Tipps. Trotzdem, wer auf alle Tipps hört, verliert seine Eigenständigkeit. Diese zu erhalten, ist in diesem Amt unabdingbar. Ich kam als Franz Steinegger und gehe auch als dieser.

Der «Freisinn» dankt Ihnen für das Gespräch und wünscht Ihnen und Ihrer Familie alles Gute.



Franz Steinegger konnte aber auch zuhören.

Mitarbeiterin des Generalsekretariates

Who's who?

Barbara Perriard

Geburtsdatum:

28. April 1969

Bürgerort:

Muttenz (BL)/
Chevroux (VD)

Wohnort:

Köniz

Zivilstand:

verheiratet

Hobbys:

Sport, Lesen

Ausbildung

- Juristin / Studium an der juristischen Fakultät der Universität Basel (1988–1993)

Bisherige Tätigkeit

- Nach dem Studium juristische Volontariate bei der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion Basel-Landschaft (1994–1995)
- Wissenschaftliche Adjunktin beim Bundesamt für Flüchtlinge (1995–1999)
- Referentin für Bundesratsgeschäfte beim Generalsekretariat VBS (1999–2001)

Meine Aufgabe im GS

- Pressechefin FDP seit dem 19. Februar 2001

Politik

- Gemeindegemeinschaft Gelterkinden (1993–1995)
- Kandidatin der FDP für die Landratswahlen BL (1995)



Taten statt Worte

Die FDP setzt Chancengesellschaft eins zu eins um

Von Barbara Perriard,
Pressechefin FDP

Vor wenigen Wochen habe ich mein Amt als Pressechefin der FDP Schweiz angetreten. Meine Arbeit im Spannungsfeld von politischem Tagesgeschäft, dem Umgang mit den Medien und der Beteiligung an der Entwicklung längerfristiger Strategien ist ungeheuer spannend und vielseitig. Als Mutter eines kleinen Sohnes werde ich dabei häufig gefragt, wie sich dieser hektische Full-Time-Job mit meiner Familie vereinbaren lässt.

Organisation und Flexibilität

Familie und Karriere können meiner Meinung nach nur mit viel «Organisation» und «Flexibilität» optimal unter einen Hut gebracht werden. Organisatorisch gilt es, eine kindgerechte und stabile familienexterne Betreuung sicherzustellen und diese mit einem (mehr oder weniger) strukturierten Tagesablauf zu verbinden. Flexibilität ist vor allem bei nicht planbaren oder unvorhergesehenen Ereignissen wie zeitkritischen Aufträgen, länger dauernden Sitzungen oder auch vermeintlichen Bana-

litäten wie Kinderkrankheiten gefragt. Neben der flexiblen partnerschaftlichen Aufgabenteilung der Eltern ist dabei auch die Flexibilität des Arbeitgebers gefordert.

Moderne Arbeitgeberin FDP

Meine Arbeitgeberin – die FDP Schweiz – zeigt sich diesbezüglich sehr modern. Sie ermöglicht es mir im Interesse einer bestmöglichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, an zwei halben Tagen zu Hause zu arbeiten. Ohne dieses Zugeständnis in Form eines familienfreundlichen

und zeitgemässen Karriere- und Arbeitszeitmodells hätte ich diesen Job wohl nicht annehmen können und nicht annehmen wollen.

Die FDP Schweiz stellt damit unter Beweis, dass ihre Idee der Chancengesellschaft nicht nur Programm ist. Vielmehr setzt die FDP Schweiz ihre Politik gleich selber eins zu eins in die Tat um! ■

Bildarchiv

Viele Korrespondentinnen und Korrespondenten, Verfasserinnen und Verfasser von Artikeln, Standpunkten und Leserbriefen sowie alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier der kantonalen und eidgenössischen Ebene erscheinen immer wieder im «Freisinn». Wir bitten alle, uns mit dem nächsten Artikel ein Passbild oder eine zum Thema passende Fotografie zuzustellen. Wir würden gerne ein Fotoarchiv anlegen. Beschriften Sie das Bild mit folgenden Angaben: Name, Vorname, Ort und politische Funktion.

Die

«Freisinn»-Redaktion

Atominitiativen und Kernenergiegesetz

Die FDP steht hinter dem Entscheid des Bundesrates

Die FDP begrüsst die Ablehnung der beiden neuen Atominitiativen (Moratorium Plus und Strom ohne Atom) durch den Bundesrat. Dieser anerkennt mit diesem Entscheid, dass die Kernenergie nach wie vor einen bedeutenden Beitrag zur Stromversorgung unseres Landes leistet. Auf die Kernenergie kann ohne Verschärfung des CO₂-Problems sowie ohne negative volkswirtschaftliche und handelspolitische Auswirkungen nicht verzichtet werden.

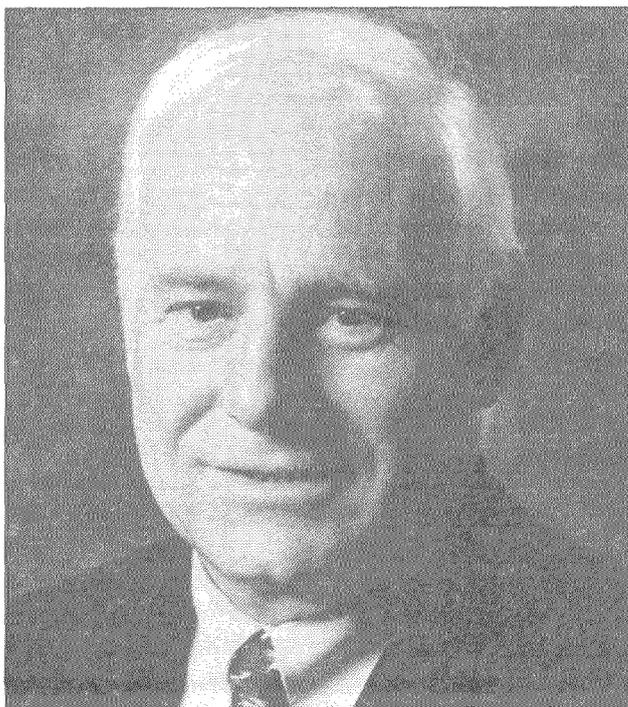
Von Nationalrat
Ulrich Fischer,
Seengen AG

Die FDP nimmt neben der Ablehnung der Initiativen auch mit Befriedigung vom Entwurf zum Kernenergiegesetz (KEG) Kenntnis. Der Bundesrat stellt den Initiativen im Sinne der Offenhaltung der Option Kernenergie einen zweckmässigen indirekten Gegenvorschlag gegenüber und schafft damit gleichzeitig eine klare und übersichtliche Rechtsgrundlage für die künftige Kern-

energienutzung in der Schweiz.

Sicherheit als Kriterium

Begrüssenswert im KEG sind insbesondere der Verzicht auf eine Befristung der Betriebsbewilligungen, für die somit einzig das Kriterium der Sicherheit massgeblich ist, das Entsorgungskonzept für radioaktive Abfälle, welches die Akzeptanz der Kernenergie positiv beeinflussen dürfte, sowie die Vereinheitlichung und Koordination der Bewilligungsver-



Ulrich Fischer

fahren, wobei das fakultative Referendum den behördlichen Bewilligungsentscheiden eine erhöhte politische Legitimation verschaffen kann.

Verzicht auf Wiederaufbereitungsverbot

Wenig Verständnis ist demgegenüber für das Verbot der Wiederaufbereitung aufzubringen. Damit wür-

den Ressourcen verschleudert, während sich Transporte von abgebrannten Brennelementen so oder so nicht vermeiden lassen. Im Weiteren wird der Entsorgungsfonds zwar als nicht unbedingt nötig erachtet, aber auch nicht bekämpft. Schliesslich kann der Nachschusspflicht der übrigen Kernanlagenbetreiberinnen nicht zugestimmt werden, da es sich um verschiedene juristische Personen handelt, denen keine «Sippenhaftung» zugemutet werden darf.

Fazit: Dem Kernenergiegesetz ist im Parlament mit einigen Modifikationen zum Durchbruch zu verhelfen!

2. Sekretären-Skitage

Der letztjährige – neblige – Skitag der FDP-Kantonalsekretäre in Andermatt hat alle Beteiligten derart begeistert, dass eine Wiederholung geradezu selbstverständlich war. An den diesjährigen – sonnigen – Skitag vom 16./17. März in Elm, werden die 13 Skifans aus mehreren Gründen zurückdenken. Gründe waren: die hervorragende und liebevolle Organisation

durch Alice Disch (zweite von rechts). Die guten Schneeverhältnisse. Die lebendige Vorstellung «seiner» Gemeinde Elm durch alt Ständerat Chäpp Rhyner. Das herrliche Wetter und nicht zuletzt das nächtliche Erdbeben um 1.30 Uhr. Wer dieses organisiert hatte, wusste anderntags nicht einmal Chäpp Rhyner. Er, der sonst (fast) alles weiss, was in Elm passiert.



(Bild rus)

Ein eigenes Profil kreieren

Gespräch mit Sibylle Burger-Bono

Während vier Jahren präsidierte die Berner Anwältin die FDP-Frauen Schweiz, und in dieser Funktion war sie auch Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Schweiz.

Interview: Ruedi Schläpfer, GS FDP Schweiz

Was war Ihr wichtigstes Anliegen, als Sie das Präsidium der FDP-Frauen Schweiz übernahmen?

B-B. 1997 – als ich das Präsidium der FDP-Frauen Schweiz übernahm – galt es, die durch meine Vorgängerin Franziska Frey-Wettstein begonnene Professionalisierung der Arbeiten fortzusetzen. Dazu war vor allem notwendig, die PR der FDP-Frauen Schweiz zu verstärken. Bis Mitte der neunziger Jahre waren die FDP-Frauen vor allem innerhalb ihres Dachverbandes tätig gewe-

sen. Nun galt es, den Frauen auch gegen aussen eine Plattform zu geben und mitzuhelfen, ein eigenes Profil zu kreieren.

Ein wichtiges Anliegen war Ihnen auch, die Frauen – in der politischen Männerwelt – selbstbewusster auftreten zu lassen. Wie sind Sie das angegangen?

B-B. Dieses Anliegen ist nicht nur im politischen Bereich für Frauen wichtig. Theoretisch haben Frauen heute die gleichen Chancen wie die Männer. Auch rechtlich sind sie diesen praktisch gleichgestellt. Der Grund, weshalb nach wie vor viel weniger Frauen als Männer in der Öffentlichkeit auftreten, ist nicht zuletzt darin zu suchen, dass sich Frauen immer noch weniger zutrauen als Männer. Sie haben häufig einen Perfektionsanspruch an sich selber, mit dem sich Männer nicht belasten würden. Mir war und



Sibylle Burger-Bono.

(Bild rus)

ist es wichtig, den Frauen auch eine gewisse Gelassenheit nahe zu bringen. Wir dürfen Fehler machen, müssen, wenn sie passieren, zu ihnen stehen und sie auf eine möglichst sachliche und professionelle Weise aus der Welt schaffen. Dies gelingt nur, wenn Frauen davon überzeugt sind, dass sie gute Arbeit leisten.

Hat sich in Sachen Akzeptanz der Frauen, im politischen Alltag, während Ihrer Präsidentschaft etwas verändert oder, anders gefragt, tritt die nachrückende Generation «frecher» auf?

B-B. Ob die nachfolgende Generation frecher auftreten wird, kann ich nicht beurteilen. Ich denke, das Auftreten der Frauen wird selbstverständlicher. Dies schliesst auch eine ge-

wisse Gefahr ein, indem Frauen von sich selber verlangen, in allen Bereichen, d.h. Familie, Beruf, Politik,

« Den Frauen auch gegen aussen eine Plattform zu geben und mitzuhelfen, ein eigenes Profil zu kreieren. »

Freizeit usw., gleichzeitig erfolgreich aufzutreten und diese Bereiche parallel zu meistern. Dies ist unmöglich, auch Männer schaffen das nicht. Ich wünsche mir, dass Frauen in der Öffentlichkeit in Zukunft klarer dazu stehen, dass sie ihre Prioritäten auswählen und dass diese Wahl ihre ganz persönliche Angelegenheit ist. Es kann nicht angehen, dass wir uns nach Jahrhunderten der Einschränkung nun von der Überforderung auffressen lassen.

Wie erklären Sie sich, dass alle Bemühungen, den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen, nur unterschiedliche Früchte tragen?

B-B. Damit der Frauenanteil in den Parlamenten erhöht wird,

braucht es konsequente Förderung der Frauen in den unteren Bereichen, d.h. jüngere Frauen müssen unterstützt, entlastet und bestärkt werden, damit sie die Freude an der politischen Arbeit finden und sie im täglichen Kleinkampf nicht mehr verlieren. Dazu kommt, dass es sich viele Frauen finanziell nicht leisten können, entweder auf die Einkünfte aus Erwerb zu verzichten, oder dass ihnen Wahl-

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

rnr rolf meier-reisen

IRLAND vom Spezialisten

Jeden Samstag vom 19.5.-18.8.
Direktflug Zürich - Galway mit Crossair.

Galway, die sympathische Stadt im Westen, der ideale Ausgangspunkt zu den schönsten Feriengebieten Irlands

Ferienhäuser, Boote, Hotels, Mietwagen, Golf, Fischen, Schlösser und Vieles mehr.
<http://www.rolfmeierreisen.ch>
Verlangen Sie den Prospekt.

rolf meier-reisen
Zentralstrasse 7
Neuhausen am Rheinfluss
Telefon 0521672 22 21
für bessere Ferien

Fortsetzung von Seite 5

kämpfe speziell für ein eidgenössisches parlamentarisches Amt viel zu teuer sind. Hier sind auch Verbände aufgerufen, die gleichen Mittel, die sie bereit sind, für die Männer einzusetzen, auch für Frauen bereitzustellen. Diese danken es ihnen besonders häufig durch lösungsorientierte sachliche Arbeit, die sie in den Parlamenten leisten.

Konnten Sie als Berner

Grossrätin feststellen, dass die Frauen anders politisieren als die Männer?

B-B. Der grosse Vorteil einer stärkeren Durchmischung von Männern, und Frauen speziell in den bür-

« Sie haben häufig einen Perfektionsanspruch an sich selber, mit dem sich Männer nicht belasten würden.

gerlichen Fraktionen ist die Feststellung, dass Männer wie Frauen eben doch mehr nach Charakter und Interessen und weniger nach Geschlecht politisieren. Frauen sind wie Männer in der Art, politische Arbeit zu leisten, eher an der parteipolitischen Ausrichtung orientiert als an geschlechterspezifischen Merkmalen. Bis heute hält sich der Mythos von der kommunikativeren Frau hartnäckig. Ich muss feststellen, dass dies weniger in der Öffentlichkeit zutrifft als vielleicht in der engeren Zusammenarbeit in den Kommissionen und Ar-

beitsgruppen. Dort ist tatsächlich ein Stilunterschied festzustellen, der aber ebenfalls sehr stark von der einzelnen Persönlichkeit abhängt.

Während vier Jahren waren Sie Fachreferentin des Kiga für Kleinunternehmen. Die KMU-Frauen wären doch die Pragmatikerinnen, welche der Politik gut anstehen würden. Warum lassen sie sich zu wenig einbinden?

B-B. Die KMU-Frauen sind ein typisches Beispiel für die sehr belastete aktive Generation. Häufig sind sie Familienfrauen und führen zusammen mit ihren Partnern ein Unternehmen. Dass sie darüber hinaus noch Zeit finden, sich für politische Arbeit einbinden zu lassen, ist selten. Wo dies geschieht, ist dies aber eine grosse Bereicherung für alle Seiten. Erste Bedingung dafür, dass diese Frauen sich

bereit erklären, politisch zu arbeiten, ist, dass ihre Männer einen Teil der ihnen auferlegten Arbeiten übernehmen, so z.B. sie in der Familie entlasten. Hier gilt es einzuhaken. Häufig sind in einer Partnerschaft nicht beide gleich interessiert daran, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Ich wünsche mir, dass vermehrt nach Interesse und Begabung entschieden wird, wer in einer Familie die politische Arbeit aufnimmt, und weniger nach der herkömmlichen Rollenteilung.

Ein Grund für Ihren Rücktritt aus dem Präsidium



Sibylle Burger-Bono fand im Gespräch immer wieder die richtige Lösung.

(Bild rus)

der FDP-Frauen Schweiz war Ihr Engagement als geschäftsführende Präsidentin von «alliance F». War es die zeitliche Belastung, oder stand das «F» für Friktionen?

B-B. Zu Beginn waren die Synergien, die geschaffen wurden, deutlich wichtiger. So konnte die «alliance F» deutlich an politischem Profil gewinnen durch die klare parteipolitische Ausrichtung meiner Person. Dies führte zu einer transparenteren Politik. Mit der Zeit musste ich aber feststellen, dass die FDP-Frauen Schweiz als Mitglied der «alliance F» in den Hintergrund zu treten drohten. Dies galt es auf jeden Fall zu vermeiden. Eine Trennung der Präsidien ist deshalb wichtig, und ich bin überzeugt davon, dass es uns gelingen wird, eine gute Nachfolgerin zu finden. Sehr gerne bleibe ich aber selbstverständlich mit den FDP-Frauen Schweiz eng verbunden, da sie für mich nach wie vor meine politische Heimat bedeuten.

Sie waren, als Vertreterin der Studierenden in der

Schweizerischen Hochschulkonferenz, bereits während Ihres Studiums politisch aktiv. Hat es Sie erstaunt, als kürzlich in der Presse zu lesen war, dass sich heute die Studierenden nur zu einem kleinen Teil um die politischen Geschehnisse kümmern?

B-B. Dass sich Studierende für politische Fragen interessieren oder sogar einer Partei beitreten, war zu keiner Zeit besonders häufig. Immer war es ein kleiner Teil, der sich z. B. in Couleur-Verbindungen organisierte, und auch dort gab es unterschiedliche Grade von Aktivitäten. Heute lässt sich generell feststellen, dass speziell die Frauen erst politisch aktiv werden, wenn sie durch ihre Lebensumstände oder praktische Problemstellungen in eine politische Aktion verwickelt werden. Gute Beispiele sind hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Umweltschutzanliegen, Verkehrsfragen usw. Dies sind Bereiche, die erst nach dem Studium interessant werden, und

deshalb ist auch heute noch eine Politisierung während des Studiums nicht selten.

Glauben Sie, dass der alte FDP-Slogan «Mehr Selbstverantwortung – weniger Staat» bei den Studierenden gut ankäme?

B-B. Ich glaube nicht, dass ein Slogan wie «Selbstverantwortung – weniger Staat» bei den Studierenden grosse Aufmerksamkeit erregen wird. Er ist für diese eine Selbstverständlichkeit und deshalb keine Forderung, der sie etwas Neues abgewinnen können. Politische Aktivität wächst meistens aus persönlicher Betroffenheit. Deshalb ist es wichtig, konkrete Problemstellungen zu verwenden, um daran ein politisches Engagement zu knüpfen.

Wenn Sie Ende April das Präsidium in andere Hände geben, wüssten Sie für Ihre Nachfolgerin einen Slogan, der ihr zum Erfolg verhelfen könnte?

B-B. Für politisch aktive Frauen gibt es meiner Meinung nach zurzeit nur einen Slogan: «Tue Gutes und sprich davon.»

Wie könnte der Slogan – aus der Sicht eines Geschäftsleitungsmitgliedes der FDP Schweiz – für den Nachfolger von Franz Steinegger heissen?

B-B. Ein Slogan für die gesamte Partei könnte sein: «Lasst uns Politik zur spannendsten Hauptsache machen.»

Der Bauer als Unternehmer

Grossverteiler und Konsumenten können nicht nur fordern

Nach Abschluss der Behandlungen des neuen Landwirtschaftsgesetzes – mit der Abschaffung der administrativen Preise durch den Bund – zeigt es sich, dass Protestaktionen nicht mehr vor dem Bundeshaus, sondern wenn notwendig vor den Verarbeitungsbetrieben und den Häusern der Grossverteiler durchzuführen sind.

Von FDP-Nationalrätin
Milly Wittenwiler, Wattwil

Jetzt, einige Wochen nachdem der Bundesrat – ohne mehr neue Geldmittel ein-

zusetzen – den Anliegen der Bauernfamilien grossmehrheitlich Rechnung getragen hat, kommt ein Zürcher SVP-Politiker mit der Idee, die Direktzahlungen abzuschaffen.

Gesinnungswandel

Erstaunlich an dieser Idee – die Direktzahlungen abzuschaffen – ist vor allem die Tatsache, dass es vor einhalb Jahren in der SVP-Wahlplattform 1999 noch geheissen hat: «Die SVP fordert Direktzahlungen als Entgelt für die Leistungen der Bauern im Dienste der Öffentlichkeit.» Dieser Gesinnungswandel erstaunt vor allem darum, weil dieser so schnell erfolgt und

keine Alternativen aufzeigt. Und vor nicht allzu langer Zeit habe ich den Begriff «Wischi-Waschi-Politik» aus demselben Lager vernommen...

Gangbarer Weg

Wenn mit dem neuen Landwirtschaftsgesetz ein gangbarer Weg aufgezeigt wurde, so ist die logische Konsequenz, dass sich Produzenten, Grossverteiler und Verwaltung an die aufgestellten Regeln halten. Aber auch die Konsumentinnen und Konsumenten müssen in die Verantwortung genommen werden. Es darf nicht mehr länger so sein, dass man von den Bauernfamilien eine naturnahe, tierschutzgerechte und umweltschonende Produktion fordert, die Mehrkosten aber nicht übernehmen will.

Immer mehr Druck

Die Zeiten, in denen man nur fordert und Lippenbekenntnisse ablegt, sind vorbei. Zum heutigen Druck auf die Produzentenpreise kommen neuerdings noch der Druck des BSE- und Seuchengepenst und das gestörte Konsumverhalten. Gerade hier sind die Konsumentinnen und Konsumenten gefragt. Sie müssen sich vermehrt mit jenen Bauern solidarisieren, welche nach den strengen Vorschriften unserer Gesetzgebung produzieren. Das heisst im Klartext: Ja zu Nahrungsmitteln, die etwas mehr kosten. Jede Frau und je-



An die Kosten für eine tierschutzgerechte Fleischproduktion müssen auch die Konsumenten ihren Beitrag leisten.

der Mann muss darum ehrlich mit sich selbst sein und soll sich daran erinnern, dass heute für Nahrungsmittel weit weniger Lohnprozente ausgegeben werden als noch vor wenigen Jahren.

Anzeige



Milly Wittenwiler ist von der naturnahen Produktion überzeugt.



Original DM-/EURO-Preise
jetzt besonders günstig!
dank tiefem Wechselkurs!

MS COLUMBUS****

Baujahr 1997, 14 000 BRZ, max. 420 Passagiere

Karibische Träume mit 5% Bonus für Sie!

(Bei Buchung bis 31. 3. 2001)

Vier Traumreisen:

2. November bis 13. November 2001	
Miami-Miami, 11 Tage, ab/bis Frankfurt	ab DM 4070.-
12. November bis 25. November 2001	
Miami-Miami, 13 Tage, ab/bis Frankfurt	ab DM 4420.-
24. November bis 6. Dezember 2001	
Miami-La Guaira (Venezuela) 12 Tage, ab/bis Frankfurt	ab DM 4520.-
5. Dezember bis 20. Dezember 2001	
La Guaira-Acapulco (via Panamakanal) 15 Tage, ab/bis Frankfurt	ab DM 5650



Hapag-Lloyd
Kreuzfahrten

Generalvertretung Schweiz
MCCM MASTER CRUISES
Chr. Möhr AG, Fällanden ZH

Tel. 01/825 20 50, Fax 01/825 31 41

Nebenthema «Auslandeinsätze»

Rückbesinnung auf den Verfassungsauftrag der Armee

In jüngster Vergangenheit ist die Armee für alles Mögliche eingesetzt worden. Und in der Diskussion über die geplante Armee reform dominiert das Nebenthema Auslandeinsätze. Eine Rückbesinnung auf die Verfassung ist dringend nötig.

Von Nationalrat Johann
N. Schneider-Ammann,
Langenthal

Die Armee ist ein wichtiges Instrument für die Bewältigung der Staatsaufgabe Sicherheit. Sie ist nicht das Einzige. Polizei, Wehrdienste, Grenzschutz sind andere. Und auch für die Gewährleistung der sozialen Sicherheit gibt es ein Arsenal von Instrumenten. Der Wegfall der kriegerischen Bedrohung von aussen hat im Zusammenhang mit der Reformdebatte um die Armee XXI zu einer heillosen Verwirrung geführt. Der Aussenstehende hat gelegentlich den Eindruck, es würden krampfhaft Einsatzfelder für eine Institution gesucht – weil sonst die Armee in Frage gestellt werden

könnte. Wer sich mit dem Planungsdossier auseinandersetzt, stellt rasch fest, dass die Planung auch Entwicklungen vorsieht, welche derartige Missverständnisse provozieren.

Drei Aufgaben

Ursache ist das Aufzäumen des Pferdes am Schwanz. Statt vom Verfassungsauftrag auszugehen, definierte man von vornweg die Grösse der Armee, die Dienstzeit und die Struktur. Besinnen wir uns darum zurück auf den Anfang, das heisst auf die in Artikel 58 der Bundesverfassung zwingend vorgeschriebenen drei Aufgaben der Armee: Verteidigung des Landes gegen aussen; Unterstützung der Behörden bei der Gefährdung der inneren Sicher-



Der Praktiker Schneider konzentriert sich auf die Hauptthemen.

heit und in ausserordentlichen Lagen; Mithilfe bei der Friedenssicherung. Beim Durchgehen der nachfolgend skizzierten Auslegeordnung wird deutlich: Bei der Planung ist eine «Remise en main» nötig. Das bedingt zweierlei: Grundlagenarbeiten und ein Überdenken von

sonderbaren Voraussetzungen. Allerdings muss die lange Bank aus dem Spiel bleiben. Denn noch im Laufe dieses Jahres wollen die Dienstpflichtigen wissen, was sie im Jahre 2003 erwartet.

Artikel 58 der Bundesverfassung überbindet der Armee drei Aufträge:

Erster Auftrag:

«Sie (die Armee) verteidigt das Land und seine Bevölkerung»

Dieser Auftrag wurde bisher von den Planern bloss marginal behandelt. Dabei verlangt er eine glaubwürdige Leistung im Sinne des Neutralitätsrechts. Gelegentlich wird eine vorweggenommene Kooperation mit ausländischen Staaten («Vorne-Verteidigung jenseits der Landesgrenze») in Erwägung gezogen. Dies

ist gemäss Haager Abkommen mit dem Neutralitätsrecht schlicht nicht vereinbar. Eine solche Kooperation ist erst nach einem Angriff auf unser Territorium gestattet.

Wir haben uns also auf einen glaubwürdigen Schutz unserer Grenzen auszurichten. Der heutige Handlungsspielraum erlaubt uns aber, die Armee so zu gestalten, dass wir nach einem Angriff auf unser Land mühelos in eine Kooperation eintreten könnten. So können und müssen wir in allen Bereichen kooperieren, für die das Haager Neutralitätsrecht keine Vorschriften statuiert, z. B. bei der Bekämpfung von Gewaltanwendung unterhalb der Kriegsschwelle oder zur Abwehr eines Raketenterrors. Im Gegensatz zum Landkrieg gibt es darüber im Haager Abkommen keine Vorschriften.

Zweiter Auftrag:

«Sie (die Armee) unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen» Ungenügend behandelt ist auch dieser hochsensible Auftrag. Dabei ist er nach heutigem Volksempfinden der weitaus wichtigste! Wegen seiner zentralen Bedeutung verlangt die Wirtschaft so energisch eine Gesamt-Sicherheitskonzeption. Wie wollen wir den Umfang der zu erbringenden Leistungen in den Bereichen innere Sicherheit

Anzeige

Willkommen
in der **Regus**Welt.

- Büros für 1 bis 250 Arbeitsplätze
- hochwertige Vollausstattung
- Tagesbüros/Konferenzräume
- flexibler Service, flexible Mietdauer
- Repräsentative Geschäftsadresse
- 4x in der Schweiz, über 300x weltweit

2x in Zürich
World Trade Center
Stockerhof

tel. +41 1 208 37 09
www.regus.com

Regus



Alex Bänninger,
Publizist, Präsident des
Freisinnigen Presse-
verbandes der Schweiz,
Zürich

Regelungswut oder Regelungsmut?

Es war erfreulich, was Bundesrat Moritz Leuenberger vor gut einem Jahr zur Stossrichtung für die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) äusserte. Liberale durften aufatmen.

Die SRG sollte gestärkt werden für den Service public, die privaten Veranstalter für den Wettbewerb. Der Abbau der Regelungsdichte wurde anvisiert, die gesetzgeberische Beschränkung auf das Wesentliche versprochen, die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger betont. Der Staat als Übervater von Radio und Fernsehen und als Generalgouvernante des Publikums meldete seinen Rückzug an. Endlich!

Mit seinen Reformvorstellungen wusste der Chef Uvek allgemein zu überzeugen. Aber ausgerechnet seine eigenen Medienjuristen überzeugte er nicht. Sie leisteten und leisten gegen die Moderni-

sierung Widerstand. Das Ergebnis des Ungehorsams liegt vor als Entwurf für das revidierte RTVG. Die Vernehmlassung läuft. Es handelt sich um eine interventionistische Fleissarbeit. Sie regelt, was das Zeug hält. Die Privaten werden verbreitungstechnisch behindert. Der SRG wird der Weg zum Unternehmen verbaut und die Sackgasse zur Anstalt wieder geöffnet. Die Vorschriften für Werbung und Sponsoring sind naiv. Eine Rücksichtnahme auf die rasche Medienentwicklung fehlt. Der Entwurf versucht, das Rad der Geschichte zu stoppen. Die selbstbestimmende Kraft des Publikums wird ignoriert. Argwohn und Angst prägen den Entwurf. Sein Geist ist muffig. Es legiferiert der Amtsschimmel.

Das alles ist unverständlich. Kein Gesetz hat je die Qualität von Radio und Fernsehen gefördert. Kein Gesetz hat je das Medien-

verhalten des Publikums beeinflusst. Für gegenteilige Exempel braucht es schon den Blick in Diktaturen. In freien Ländern bleiben und bleiben sämtliche gesetzgeberischen Versuche, die Medienanbieter und die Mediennutzer auf das Gute, Wahre und Schöne zu verpflichten, Rechnungen ohne den Wirt. Es wäre an der Zeit, diese Lehre zu beherzigen. In der Konsequenz bedeutet dies, auf ein Gesetz für Radio und Fernsehen zu verzichten. Das entspricht dem Zustand für die Presse. Hier hält sich der Staat zurück. Die Erfahrungen sind insgesamt positiv.

Lediglich in einem einzigen Bereich besteht Regelungsbedarf: Solange die SRG mit Gebühren alimentiert wird und damit ein grosses Privileg genießt, ist gesetzlich festzulegen, zu welchen Bedingungen und für welche Gegenleistungen die Sonderfinanzie-

rung gilt. Dafür braucht es einen klaren, erfüllbaren und kontrollierbaren Programmauftrag.

Diesem Anspruch genügen das geltende RTVG und der Revisionsentwurf nicht. Die alte wie die geplante Auftragsformulierung zeichnen sich aus durch Unklarheit, Unerfüllbarkeit und Unkontrollierbarkeit. Sie liefern in ihrer Beliebigkeit, Realitätsferne und Widersprüchlichkeit nur Konfliktstoff.

Eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind gefragt, die den Regelungsunfug beenden, ellenlange Wischiwaschi-Forderungskataloge in den Papierkorb werfen, Augenmass fürs Wesentliche beweisen und gegenüber der SRG Klartext reden. Und sich von der Einsicht leiten lassen, dass die helvetische Intelligenz, die für Urnengänge genügt, auch ausreicht, um einen Radio- und Fernsehapparat zu bedienen. ■

und Katastrophenhilfe für die Armee definieren ohne Kenntnis der Grundleistungen, die von Polizei, Wehrdiensten und Bevölkerungsschutz erbracht werden? Ausgerechnet im politisch bedeutsamsten Auftrag geht man bloss von Annahmen aus. Hier haben VBS und Bundesrat den Pfad der Tugend verlassen. Statt von der Strategie über die Doktrinen, spricht man bereits von Eckwerten, und dies, noch bevor dieser Armeeauftrag klar definiert ist.

Im Übrigen gilt dieser zweite Auftrag auch für den Kriegsfall. Das Armeeleitbild wird darüber Auskunft geben müssen, wie in einem Konfliktfall Bevölkerung und sensitive Anlagen in truppenleeren Räumen geschützt werden sollen. Die Bildung von territorialen Verbänden mit Schutzinfanterie, Rettungstruppen und allenfalls Sanitätsformationen ist deshalb zur Erfüllung dieses zweiten verfassungsmässigen Auftrages nochmals eingehend zu prüfen. Noch eine Bemerkung: Die

Schutzaufgaben in Friedenszeiten können allein mit Durchdienern nicht erbracht werden. Dürfen wir Zwanzigjährige in diese kritischen Einsätze befehlen? Wenn je Polizei, Festungs- oder Grenzwacht überfordert sein sollten, so sind für die Erfüllung dieser Aufträge Milizeinheiten zu verpflichten, die über ihr Alter und ihre Lebenserfahrung stabilisiert sind.

Dritter Auftrag:

«Sie (die Armee) trägt zur Erhaltung des Friedens bei»

Grosse Mühe bereitet die vom VBS vorgebrachte Argumentation, man müsse mit der Armeepanung neu beginnen, falls die vorgezogene Teilrevision des Armeegesetzes für die Bewaffnung bei Auslandseinsätzen vom Volk abgelehnt würde. Wer solches sagt, erweckt den Eindruck, die neue Armeereform sei einzig auf diesen einen Auftrag ausgerichtet. Das Umgekehrte gilt: Sollte das Volk die Gesetzesrevision ablehnen, so müsste die Reform, bezogen auf die zwei anderen

Armeeaufträge, weitergeführt werden. Unsere Beiträge an die Friedensförderung könnten weiterhin nur unbewaffnet erfolgen. Dies wäre bedauerlich, aber die Gesamtreform dürfte nicht gefährdet sein.

Die Argumentation des Neubeginns kann zudem manchen dazu verleiten, die Teilrevision abzulehnen – gerade um einen Neubeginn zu erzwingen. ■

Auns gegen Nato-Windmühlen

Fakten zur Teilrevision Militärgesetz

Am 10. Juni dieses Jahres werden die Bürgerinnen und Bürger zu zwei sicherheitspolitischen Fragen an die Urne gerufen. Zum einen geht es um die Bewaffnung zum Selbstschutz bei friedenserhaltenden Auslandseinsätzen. Zum anderen um die Möglichkeit der militärischen Ausbildungszusammenarbeit mit befreundeten Staaten im In- und Ausland. Weder ein Beitritt zur Nato noch die Preisgabe der Neutralität stehen zur Diskussion.

Von FDP-Presseschefin
Barbara Perriard, Bern

Dieser Tage haben Auns und Konsorten den Kampf gegen die bevorstehende Abstimmung zur Teilrevision des Militärgesetzes eingeläutet. Nach geschlagener Schlacht «gegen die EU» zieht man nun mit Morgenstern und Hellebarde «gegen die Nato» in den Krieg! Dabei geht es den Gegnern dieser sicherheitspolitischen Vorlagen einmal mehr nicht um Information. Viel lieber schlägt man laute Töne an und haut mächtig auf die Abstimmungspauke. Dabei werden ungeniert wesentliche Elemente der geplanten Revision mir nichts, dir nichts ausser Acht gelassen.

Sicherheit vor Ort

Stehen Schweizer Militärangehörige freiwillig im

Ausland im Einsatz, so leisten sie damit einen unmittelbaren Beitrag zur Sicherheit in unserem Land. Indem ein Konflikt vor Ort gelöst und ein zunächst meist brüchiger Friede gesichert wird, verhindern wir, dass die Auswirkungen von Krieg und Verwüstung in die Schweiz getragen werden.

Eine Taube macht noch keinen Frieden! Es braucht militärische Präsenz, um einen Friedensprozess zu unterstützen und nachhaltig zu sichern. Kriegsflüchtlinge können erst repatriert werden, wenn vor Ort stabile Verhältnisse herrschen. Sind die Voraussetzungen für einen raschen Wiederaufbau erfüllt, so kehren Tausende von Schutzsuchenden zurück – und zwar freiwillig, wie die in Bosnien und Kosovo gemachten Erfahrungen beweisen.



Barbara Perriard

Bewaffnung zum Selbstschutz

Sollen Militärangehörige, die im Interesse einer sicheren und selbständigen Schweiz freiwillig einen Dienst vor Ort leisten, die Möglichkeit erhalten, sich

angemessen und zum eigenen Schutze zu bewaffnen? Was für eine Frage! Natürlich sollen sie sich verteidigen können, denn sie sind Risiken ausgesetzt, die auch auf Seiten der Befürworter nicht verharmlost werden. Natürlich sollen sie sich selber schützen können, denn sie setzen sich für unser Land ein.

Bestmögliche Ausbildung für Schweizer Soldaten

Auch die zweite Abstimmungsvorlage hängt mit

der Frage der inneren und äusseren Sicherheit zusammen. Die Armee sichert sich in der Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten grosses technisches und strategisches Know-how und profitiert dabei von einem vorteilhaften Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Unsere Soldatinnen und Soldaten haben ein Recht auf die bestmögliche Ausbildung! Das von der Auns so gerne zitierte Beispiel des unnützen Erlernens von Auftanken von Flugzeugen in der Luft vermag dabei nicht zu überzeugen. Jedes Kind, jeder Jugendliche lernt im Laufe seiner Schulbildung Dinge, welche zwar im Berufsleben nicht eins zu eins umgesetzt werden können, aber im Interesse einer soliden und umfassenden Ausbildung durchaus sinnvoll sind.

Die Ausbildungszusammenarbeit stellt im Übrigen keine Neuerung dar, sondern findet bereits heute im Interesse unseres Landes statt. Sie soll künftig nicht mehr nur im Rahmen bilateraler Abkommen, sondern in einem Gesetz im formellen Sinne geregelt werden.

Für eine sichere und selbständige Schweiz

Ein Beitritt zur Nato steht also nicht zur Diskussion. Auch von einer Preisgabe der Neutralität und damit einem Ende der eigenständigen Schweizer Armee kann keine Rede sein. Vielmehr wird durch die anstehende Revision die Schweiz in ihrer Sicherheit und Selbständigkeit gefestigt und gestärkt – deshalb sagen wir zweimal Ja am 10. Juni 2001!

Anzeige

bis 80 Personen



CHI BOUCHEE
Chinoise-, Bourguignonne-, Cheese Fondues

天香樓

SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☐ Switzerland

▲ Phone +41-41 412 37 37 ▲
▲ Fax +41-41 410 43 53 ▲
▲ e-mail restaurant@fondue-house.ch ▲
▲ www.fondue-house.ch ▲

Fristenregelung – gangbarer Weg

Ein Plädoyer zur Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs

Einmal mehr haben der Ständerat und der Nationalrat zur Fristenregelung Stellung genommen. Dabei ging es den Befürworterinnen und Befürwortern darum, aufzuzeigen, worum es bei der angestrebten Regelung des Schwangerschaftsabbruchs überhaupt geht. Es geht darum, den Schwangerschaftsabbruch zu entkriminalisieren – und nicht darum, ihn generell zu erlauben oder gar zu propagieren.

Von Ständerätin
Erika Forster, St. Gallen

Beim Entscheid, ob es zu einem Abbruch kommt, geht es weder um eine rechtstheoretische noch um eine weitanschauliche, sondern um die Beantwortung einer zutiefst privaten Frage. Der Gesetzgeber kann den Entscheid nicht abnehmen, aber er kann unter Abwägung der Rechtsgüter festlegen, ob und ab wann eine solche Entscheidung strafrechtliche Folgen haben soll. Er kann auch nicht die sehr divergierenden, oft äusserst emotional zum Ausdruck gebrachten Weltanschauungen zum Massstab gesetzgeberischen Handelns machen. Es gibt weder ein uneingeschränktes «Recht auf den eigenen Bauch», noch gibt es einen unabänderlichen Zwang, Kinder zu gebären, egal, unter welchen Umständen sie gezeugt wurden, und egal,

was eine ungewollte Schwangerschaft für das Leben der werdenden Mutter bedeutet.

Der Status quo ist unhaltbar und unwürdig. Der Schwangerschaftsabbruch ist zwar strafbar, zu einer Strafverfolgung kommt es aber nicht mehr. Wer sich auskennt, muss heute in der Schweiz kein ungewolltes Kind mehr zur Welt bringen. Das ist eine stossende Rechtsungleichheit. Diese nicht zu beseitigen und zu tun, als ob das geltende Recht überall greifen würde, ist unredlich. Die Entkriminalisierung darf aber nicht begleitet werden von neuen Zwängen, die wiederum zu unwürdigen Situationen führen werden.

Beratung unter Zwang führt nicht zum Ziel

Es ist unbestritten, dass Menschen in Notlagen Anspruch auf Beratung haben. Es ist ebenso unbestritten, dass Beratung nur dann erfolgreich sein kann, wenn es einen Ratsuchenden gibt, der sich beraten lassen will. Jemanden zu zwingen, sich an eine Beratungsstelle zu wenden, ist absurd. Das bestätigen sämtliche Fachleute, die in irgendeinem Bereich beratend tätig sind. Persönlich kann ich dies aus meiner eigenen Tätigkeit als ehemalige Präsidentin der Stiftung Frauenhaus nur bestätigen. Hingegen scheint es mir selbstverständlich, dass die Ärztin oder der Arzt die Frau persönlich



Erika Forster

eingehend zu beraten hat und sie über die gesundheitlichen Risiken des Eingriffes aufklärt. Zudem ist es zwingend, sie darauf hinzuweisen, dass es auf Fragen zum Schwangerschaftsabbruch spezialisierte Beratungsstellen gibt.

Die Ärztin beziehungsweise der Arzt ist sowohl die medizinische Vertrauensperson als auch erste Anlaufstelle. Das muss dem Gesetzgeber genügen. Der Ratsuchenden selber stehen weitere unentgeltliche Beratungsmöglichkeiten offen. Beratung soll nur angeboten, nicht aber aufgezwungen werden. Die Hilfe, das weiss jede Therapeutin oder jeder Berater, wird von der Empfängerin oder vom Empfänger definiert. Wer keine Hilfe, keinen Rat sucht, wird die angebotene Hilfe nur als unerwünschte Einmischung empfinden. Das aber ist entschieden kontraproduktiv.

Wir können einer Frau nicht ihre Entscheidungsfähigkeit aberkennen, wenn sie – was den weitaus häufigsten Grund für Schwanger-

schaftsabbrüche darstellt – in eine Notlage gerät, weil der zeugende Partner sich weigert, zu ihr und dem Kind zu stehen.

Respekt vor dem Entscheid der Frau

Der Schutz von Leib und Leben ist zu Recht ein vom Gesetzgeber hoch zu haltendes Gut. Ein Schwangerschaftsabbruch ist mit Sicherheit eine der schwierigsten Entscheidungen, die eine Frau zu treffen hat. Eine Entscheidung, deren Verarbeitung ihre Zeit in Anspruch nimmt. Entscheidet sie sich dazu, so haben wir als Gesellschaft und als Gesetzgeber diesen Entscheid zu respektieren und ihn nicht über Gebühr zu kriminalisieren. Umso mehr, als die Frau immer noch die Verantwortung trägt, mit dem Entscheid auch fertig zu werden. Dabei braucht sie die Unterstützung ihrer Nächsten, aber auch die des Staates – Unterstützung in Form von Straffreiheit für ihr Tun und in Form von Respekt vor ihrer Entscheidung.

Gangbarer Weg zwischen den Extremen

Die Fristenregelung ist ein gangbarer Weg zwischen den emotionalen Extremen. Innert der festgesetzten Frist kann ein Abbruch ohne Gefährdung der Gesundheit der Schwangeren erfolgen. Mit einer Frist von zwölf Wochen ist man den fachlichen Empfehlungen der Ärzteschaft und der Hebammen gefolgt.

Mit dem Auftrag zur Beratung wird dem Arzt beziehungsweise der Ärztin der richtige Stellenwert eingeräumt. Und schliesslich bezeugen wir mit dieser Regelung den nötigen Respekt vor der Entscheidung der Frau.

Die Schlussabstimmung der beiden Räte fand am 23. März – nach Redaktionsschluss des «Freisinns» – in Lugano statt. ■

Impressum

Schweizer Freisinn

23. Jahrgang

Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70'800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00

E-Mail r.schlaepfer@fdp.ch

Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 923 76 56
Fax 01 923 76 57
E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Vor neuem Abstimmungsdebakel

Staatspolitisches Augenmass und energiepolitische Vernunft!

Die grüne Partei hat es in der Hand, ob Volk und Stände sich nur kurze Zeit nach den energiepolitischen Abstimmungen vom 24. September 2000 zu ihrer Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» äussern müssen. Dabei können die (ernsthaften) Befürworter einer ökologischen Steuerreform heute materiell keine andere Antwort geben als vor einem halben Jahr. Ebenso sind sich auch der Bundesrat und die unabhängigen Wissenschaftler weiterhin einig, dass eine ökologische Steuerreform ökologisch und ökonomisch Sinn macht.

Von Nationalrätin
Dorle Valender, Trogen AR

Ein modernes Steuersystem sollte aus mehreren Steuern bestehen, um die Gesamtsteuerlast möglichst gerecht auf die Bürger und Bürgerinnen verteilen zu können. Unser heutiges Steuersystem misst die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Steuersubjektes vor allem am Nettovermögenszuwachs. Es ist aber unbestritten, dass auch der Konsum ein sachgerechter Massstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sein kann. In diesem Sinn rückt neben Einkommen und Gewinn der Konsum von Energie in den Mittelpunkt des Interesses.

Energiekonsum belastet Umwelt

Wir alle wissen, dass der Konsum von Energie unsere Umwelt massiv belastet. Schon die sofortige Einführung der CO₂-Abgabe wäre daher angezeigt gewesen. Die Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» will eine fiskalisch neutrale Entlastung des Faktors Arbeit und eine stärkere Belastung des Energieverbrauchs. Im Unterschied zur Grundnorm verstärkt



Dorle Valender

die vorliegende Initiative den Anreiz zur Energieeffizienz, da sie auch (richtigerweise) die Wasserkraft einbezieht. Dabei ist sie wirtschaftsverträglich, weil die Energieabgabe schrittweise und voraussehbar mit verkraftbaren Steuersätzen eingeführt würde.

Zeitpunkt prima vista günstig

Weiter ist zu beachten, dass angesichts der Liberalisierung des Energiemarktes der jetzige Zeitpunkt wie kein anderer für den Umbau unseres Steuersystems geeignet erscheint: Ein Teil der für die Industrie und das Gewerbe ebenso wie die Haushalte zu erwartenden Energiepreissenkung würde mit ei-

ner Energieabgabe steuerlich abgeschöpft. Damit könnte der Gefahr begegnet werden, dass der Preisdruck am liberalisierten Energiemarkt den Konsum von Energie noch erhöht. Insofern steht denn auch die Liberalisierung des Energiemarktes zumindest dann im Widerspruch zu den Vereinbarungen von Kyoto auf Energiekonsumsenkung, wenn nicht gleichzeitig steuerliche Massnahmen die Internalisierung der negativen externen Effekte des Energiekonsums bewirken.

Flexibilität gewahrt

Weiterhin erlaubt die Initiative – gerade, weil sie keinen Höchstsatz der Besteuerung in der Verfas-

sung festschreiben will – einen tatsächlichen Umbau in Richtung ökologisches Steuersystem. Dabei lässt sie Parlament und Bundesrat jedoch genügend Gestaltungsraum für eine wirtschaftsverträgliche Umgestaltung.

Kein ökologisches Debakel riskieren

Allein – staatspolitisches Augenmass verlangt, nicht nach so kurzer Zeit die gleiche Frage wieder dem Volk

vorzulegen. Wollen wir nach dem «Europäerdebakel» nicht auch noch ein «ökologisches Debakel» riskieren, müssen die Befürworter – sofern es ihnen um die Sache geht – jetzt auf eine Abstimmung verzichten. Ein weiterer Achtungserfolg für eine ökologische Steuerreform bringt uns nicht weiter, sondern verbaut auf Jahre einen Umbau unseres Steuersystems, der auch diesen Namen verdient.

Anzeige

allreal

renovation
umbau

Als Ihr Partner realisieren wir Ihr Renovations- oder Umbauvorhaben. Kleinere und grosse Liegenschaften aller Art. Dank unserer langjährigen Erfahrung sichern wir Ihnen ein sehr gutes Preis-Leistungsverhältnis. Auf offene Abrechnung oder pauschal. Rufen Sie uns an!

Allreal Generalunternehmung AG
Birchstrasse 117, 8050 Zürich
T 01-319 11 11, Herr Peter Jaeggi
F 01-319 11 12, www.allreal.ch

Kosteneinsparungen

Sich selber schützen und Kosten sparen

Die Teilrevision des Militärgesetzes schafft Voraussetzungen, auf Grund welcher sich Schweizer Armeeinghörige im Rahmen humanitärer Einsätze im Ausland selbst schützen können. Bisher war dieser Selbstschutz nur in Einzelfällen möglich. Die Schweizer Soldaten erhielten nach einem Ja zum Militärgesetz die Möglichkeit, ihre Einsätze bewaffnet zu leisten. Die Sicherheit und Effizienz unserer Armeeinghörigen würde damit erhöht.

Von Ruedi Schläpfer,
GS FDP Schweiz, Bern

Die Einsätze von Angehörigen der Schweizer Armee – zur Friedenssicherung im Ausland – haben eine lange Geschichte. Sie sind eine logische Ergänzung und Weiterführung unserer humanitären Tradition. Bereits ab 1953 waren Angehörige unserer Armee am 38. Breitengrad, bei der Überwachung des Waffenstillstandes zwischen Nord- und Südkorea, im Einsatz. Mit Friedenskontingenten ist oder war die Schweiz unter anderem auch in Namibia, in der Sahara oder in Tadschikistan präsent. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurde in den Jahren 1996 bis 2000 beim Aufbau von demokratischen Strukturen in Bosnien-Herzegowina durch die Gelbmützen unter-

stützt. An der Uno-Friedensmission KFOR in Kosovo beteiligten sich bis zu 160 freiwillige Schweizer.

Österreichische Bewacher

Heute müssen sich die Schweizerinnen und Schweizer von Angehörigen des österreichischen Bundesheeres gegen Bedrohungen schützen und bewachen lassen. Ein Zustand, den es zu beenden gilt. Die Angehörigen der Schweizer Armee sollen sich in Zukunft – bei ihren freiwilligen humanitären Einsätzen – selbst schützen können. Eine richtige Ausrüstung entspricht gut schweizerischer Tradition. Es ist ein Muss, dass junge Leute, die einer von Leid und Not geplagten Zivilbevölkerung helfen wollen, richtig ausgerüstet sind.

Hilfe ja – aber...

Als die eidgenössischen Räte bereits 1996 dem Einsatz von Schweizer Armeeinghörigen für die humanitäre Hilfeleistung im Ausland zustimmten, stand die Frage – bewaffnet oder nicht – noch kaum im Vordergrund. Die gemachten Erfahrungen haben aber gezeigt, dass für eine effiziente Hilfe eine richtige Ausrüstung zwingend notwendig ist. In der Abstimmung vom 10. Juni hat das Schweizervolk diese – vor allem diese – Frage zu beantworten. Die Hilfe an und für sich ist nicht bestritten und steht auch nicht zur Diskussion.

Kooperation mit dem Ausland

Die zweite Frage, über die es im Juni abzustimmen gilt, betrifft die Ausbildungszusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften. Angehörige der Schweizer Armee erhielten damit Zugang zu ausländischen Schiess- und Ausbildungsplätzen.

Der eindeutige Vorteil in dieser Kooperation läge darin, dass Armeeinghörige unseres Landes Ausbildungsgelände nutzen können, wie sie in der

Anzeige



Ruedi Schläpfer

Schweiz weder von der Grösse noch von der Eignung her vorhanden sind. Im Gegenzug stellt die Schweiz eigene Anlagen wie Panzer- und Flugsimulatoren zur Verfügung und

erhält damit Beiträge an deren Finanzierung. Mit der Ausbildungskooperation werden Kosten gespart und die Ausbildungsmöglichkeit unserer Armee verbessert. ■

Behindertenwerk St. Jakob

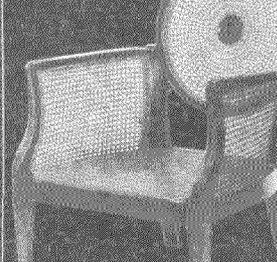


Traditionelles Know-how im St. Jakob! Die bei uns praktizierten Flechttechniken reichen zurück bis zu den robusten Rohrstuhlstützen Charles II. 1670 und erstrecken sich über die Chippendale-Epoche, das Viktorianische Zeitalter des Bergère-Stuhles bis in die moderne Zeit des Michael Thone.

Jacqueline Hauser:
«Froh zu sein bedarf es wenig, wer auf ihm sitzt, ist ein König.» Oder die Freude an alter Handwerkskunst.





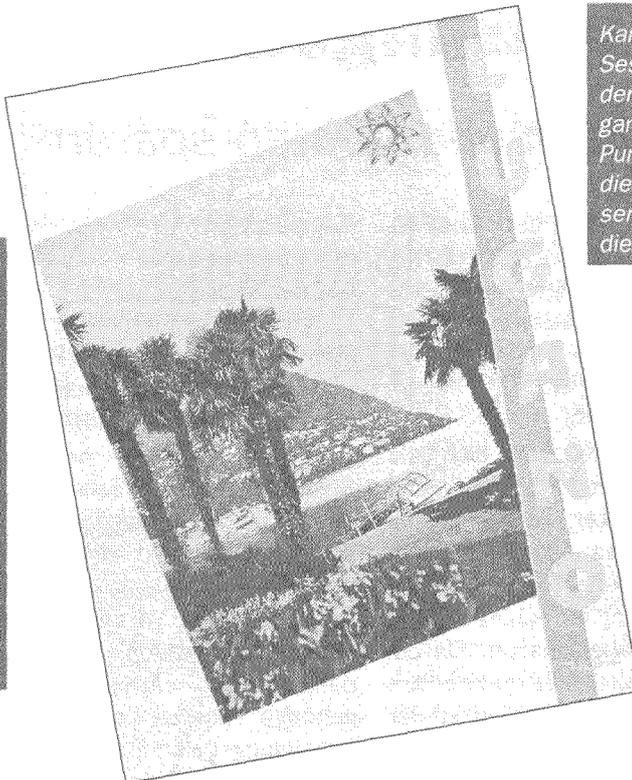


Kanzleistrasse 18, 8026 Zürich
Telefon 01 - 295 93 93, Fax 01 - 295 93 95

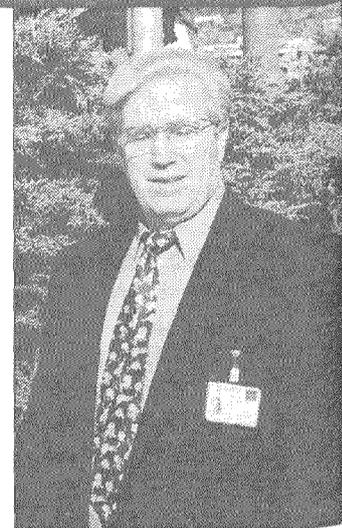
Impressionen



Edi Engelberger:
«Wir wurden sehr gut aufgenommen. Auch der Parlamentsdienst funktioniert ausgezeichnet. Mit den kleinen Unzulänglichkeiten komme ich gut zurecht. Bei meinen Einsätzen für den Skiverband musste ich auch beweglich sein.»



Karl Tschuppert: *«Ich war vor der Session sehr skeptisch. Heute – in der dritten Woche – sehe ich in der ganzen Verlegung mehr positive Punkte. Ich bin heute überzeugt, dass die Tessiner die besseren Eidgenossen sind als die Deutschschweizer, die hier leben.»*



Rolf Hegetschweiler: *«Zum Arbeiten sind die Bedingungen etwas erschwert. Die Stimmung ist aber gut, und mit dem Rahmenprogramm lernen wir das «andere» Tessin kennen.»*



Sonja Rami, Weibelin des Ständerates: *«Mir hat es ausgezeichnet gefallen. Ich könnte mit einer Wiederholung im Bündnerland gut leben. Es war eine gute Idee von Dick Marty.»*

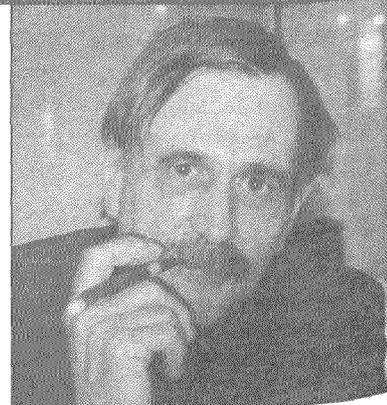


Werner Messmer: *«Vom Militär her bin ich mich gewohnt, dass die eine oder andere Arbeit auf einem improvisierten Tisch erledigt werden muss. Positiv werte ich, dass wir in den Rahmenprogrammen erleben dürfen, dass die Tessiner echte Eidgenossen sind.»*



Pierre Triponez: *«Für mich als Berner ist es wirklich eine Abwechslung. In Bern muss ich jeweils noch ins Büro und mit dem Hund Gassi gehen. Hier kann ich mich voll auf das Geschehen im Rat konzentrieren. Zudem bin ich am Abend auch dabei, was in Bern nicht immer der Fall ist. Trotzdem, diese Übung sollte man nicht wiederholen.»*

Abseits der Blitzlichter (die in unserem Falle nicht funktionierten) und glücklich, einen Tisch gefunden zu haben, arbeiteten Christine Egerszegi und Trix Heberlein bereits auf die nächste Session hin, in welcher die 11. AHV-Revision traktandiert ist.



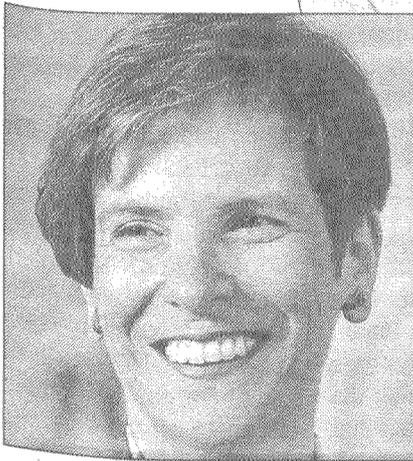
Maya Lalive d'Epinay: «Mir hat diese Lösung sehr gut gefallen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, eine solche Verlegung während jeder Legislatur einmal zu machen.»



Rosmarie Meier wirkte zum letzten Mal als FDP-Fraktionssekretärin: «Weil ich das letzte Mal dabei bin, schmerzt es mich schon etwas, dass ich hier in meinem 'ausgelagerten' Büro, im Hotel Zurigo, und nicht mitten im Kuchen bin. Der direkte Kontakt fehlt mir.»



Christine Beerli: «Die Infrastruktur für den Ständerat ist gut. Dass wir das Medienbüro direkt neben unserer Türe haben, ist für einen ein Nach-, für andere aber ein Vorteil.»



Käthi Bangerter war engagiert wie in Bern. Wie das Bild zeigt, waren auch die Arbeitsbedingungen ähnlich wie im Bundeshaus.



Willkommen am Genfersee

Ordentliche Delegiertenversammlung: 5. bis 7. April 2001 in Genf

Die Geschäftsleitung der FDP Schweiz möchte Sie heute schon auf die ordentliche Delegiertenversammlung in Genf hinweisen. Diese findet, wie schon vor Jahren, im Hotel Intercontinental statt.

Provisorisches Programm

Donnerstag, 5. April:

15.00 Sekretärenkonferenz

19.00 Das gemeinsame Nachtessen bietet Gelegenheit zur Vertiefung der Kontakte unter den Sekretären und den FDP-Verantwortlichen der Genfer Kantonalpartei.

Freitag, 6. April:

10.00 Geschäftsleitungssitzung

10.30 Rahmenprogramm für Kantonalsekretäre

12.15 Mittagessen

14.00 Präsidentenkonferenz (evtl. Parolenfassung Bistumsartikel)

16.15 **Delegiertenversammlung 1. Teil**

Ansprache: **Parteipräsident NR Franz Steinegger, UR**

Formelles: **Statutarische Geschäfte**

- Wahl der/des Parteipräsidentin/-präsidenten
- Evtl. Ergänzung der Geschäftsleitung
- Jahresbericht der Fraktionspräsidentin
- Jahresbericht des Generalsekretärs

Inhalte:

Service garanti

- Präsentation des Positionspapiers «Service garanti» (NR Hajo Leutenegger, ZG)
- Workgroups zu den Themen Grundversorgung

Anschliessend Gruppenarbeit.

19.30

Apéritif und Bankett

Mit Tischrede von BR Kaspar Villiger

Samstag, 7. April:

9.00

Delegiertenversammlung 2. Teil

Ansprache der neuen Parteipräsidentin bzw. des neuen -präsidenten

9.30

Detailberatung und Verabschiedung Positionspapier «Service garanti»

10.30

Referendumsabstimmung «Teilrevision des Militärgesetzes» Mit Pro- und Contra-Referenten

11.30

FDP-ExponentInnen stehen Red und Antwort

- BR Pascal Couchepin, Vorsteher EVD
- BR Kaspar Villiger, Vorsteher EFD
- SR Christine Beerli, Fraktionspräsidentin
- Die/der neue Präsident/-in

12.30

Schluss / Apéritif

Wahlerfolg!

Beispiele und Trends 2001 bis 2003

Mit ihrem neuen Buch «Wahlerfolg! Beispiele und Trends 2001 bis 2003» zeigt die PR-Beraterin Dr. Bettina Jaques-Bosch, wie die Wahlen von 1999 gewonnen wurden und welches die Erfolgsfaktoren für die Wahljahre 2001 bis 2003 auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sein werden. Erstmals referiert die Autorin über ihr neues Buch an der Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz. Das Buch selbst kann mit untenstehendem Talon angefordert werden.

Von Andrea R. Trümpy,
Glarus

Wahlkämpfe sind aufwendig – für alle Beteiligten. Nur wenige gewinnen, die meisten Kandidatinnen und Kandidaten bleiben auf der Strecke. Dem stellt die PR-Beraterin Dr. Bettina Jaques-Bosch, selbst im Nebenamt freisinnige Stadträtin von Rapperswil, mit ihren Büchern eine andere These entgegen: Wahlen können gewonnen werden, wenn sie in exakter Kenntnis des Umfelds und der richtigen Massnahmen strategisch geführt werden.

1997 publizierte die Autorin ihre Studie «So gewinnt

man Wahlen!». Das Buch machte Furore, wurde in unzähligen Presseartikeln lobend besprochen. Die Parteizentralen auf allen Ebenen sowie die Kandidatinnen und Kandidaten arbeiteten intensiv damit, die sich z.T. in persönlichen Briefen an die Autorin für die hilfreichen Tipps bedankten.

Diese Erfahrungen veranlassten die Autorin, ein zweites Buch zum Thema Wahlerfolg zu schreiben, das soeben erschienen ist.

Konkrete Beispiele als Leitfaden

Im ersten Teil des neuen Buches kam die Autorin dem Wunsch von vielen



Bettina Jaques-Bosch

Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ihren Kursen zum Thema Wahlerfolg nach, die sich eine Sammlung von konkreten erfolgreichen Beispielen als Leitfaden wünschten. Anhand von vier ausgezeichneten Wahlkampagnen von Neugewählten auf Nationalratsebene (Felix Gutzwiller/FDP Zürich, Rudolf Joder/SVP Bern, Maya Lalive d'Epinay/FDP SZ und Lucrezia Meier-Schatz/CVP SG) wird ganz konkret gezeigt, was eine gute Kampagne ausmacht, wie sie aufgebaut ist, welche PR-Strategien gewählt wurden und wie die Werbemit-

tel dazu aussehen und eingesetzt werden. Dies geht vom Abdruck von den persönlichen Briefen bis hin zu Inserateinsatzplänen, damit die Leserinnen und Leser des Leitfadens möglichst viel für die eigenen Wahlkämpfe profitieren können.

Gesammeltes aktuelles Wissen von 110 Wahlgewinnern

Erneut hat die Autorin bei allen gewählten Nationalrätinnen und Nationalräten nach den Wahlen 1999 eine detaillierte Umfrage gemacht. Mehr als die Hälfte der Gewählten hat den mehrseitigen Fragebogen detailliert ausgefüllt. All diese Angaben wurden mit Hilfe einer Computerdatenbank ausgewertet – und erneut überrascht die Eindeutigkeit der Resultate, die im zweiten Teil des Buches beschrieben werden. Unter den Trends für die kommenden Wahlen wird konkret gezeigt, was erfolgversprechend sein wird.

Vom Plakat bis zum Internetauftritt

Den Unterstützungskomitees kommt erneut eine grosse Bedeutung zu, wobei dieses Mittel von Partei zu Partei unterschiedlich gehandhabt wird. Im Kapitel «Medienarbeit» werden die verschiedenen Instrumente dargestellt, bewertet und durch hilfreiche Tipps angereichert. Vermehrte Bedeutung wird dem Internet zukommen, das bei den letzten Wahlen noch weniger als die Hälfte der Kandidatinnen und Kandidaten eingesetzt haben. Umfrage-Ergebnisse und Angaben zu den persönlichen Briefen, zu Inseraten, Plakaten, Standaktionen und Veranstaltungen bilden eine Sammlung von aktuellem Know-how, das sich erneut als unentbehrlich erweisen wird. Spannend ist nicht zuletzt das Kapitel «Finanzen», das zeigt, dass auch bei uns in der Schweiz zunehmend deutlich mehr Geld in die Wahlkämpfe investiert wird als noch vor vier Jahren. Das Buch schliesst mit einer Übersicht über die besten und schlechtesten Massnahmen der Gewählten sowie persönlichen Tipps der Gewählten, gegliedert nach Kantonen. ■

Ich bestelle Exemplar(e) von
«Wahlerfolg! Beispiele und Trends 2001 bis 2003»
zu Fr. 79.– (plus Porto).

Name: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Bitte senden an: Dr. Bettina Jaques-Bosch, Zürcherstrasse 19, 8640 Rapperswil, Fax-Bestellung: (055) 210 38 06, E-Mail-Bestellung: jaques@active.ch

Voranzeige

Generalversammlung

der FDP-Frauen Schweiz in Bern

Samstag, 28. April 2001, 10.15 Uhr

Im Restaurant Äusserer Stand, Zeughausgasse 17

Wie gewinne ich Wahlen?

Im Rahmen der diesjährigen Generalversammlung zeigt uns Dr. phil. Bettina Jaques-Boesch – unter dem Titel «Weshalb gewinnen die einen, während andere verlieren?» – auf, wie die beiden Nationalrätinnen Maya Lalive-d'Epinay, FDP, und Lucretia Meier-Schatz, CVP, die Wahlen angegangen sind.

Wettbewerbsauflösung

Auch als Pilot...

In der letzten «Freisinn»-Nummer fragten wir Sie, was der Basellandschäftler Nationalrat Paul Kurrus zum Fotografen gesagt haben könnte. Der freundliche Auftritt von Kantonalpräsidentin Sabine Pegoraro und Paul Kurrus animierte die Wettbewerbsteilnehmer, vorzuschauen oder die beiden aktuellen Themen Fliegerei und Energie in ihren Antworten einzubauen.

Zu gewinnen gab es wiederum ein FDP-Foulard oder ein FDP-Portefeuille. Die Teilnehmerzahl zeigt, dass dieser Wettbewerb bei den «Freisinn»-Lesern sehr gut ankommt. Es beweist aber auch, dass es vielen mehr um den Humor geht als um den Gewinn eines Preises.

Prämiert wurden folgende Antworten:

Danke, ich kann die Medienpräsenz brauchen, die nächsten Wahlen haben bereits begonnen.

Von Trudy Haldi, FDP-Grossrätin, Malters LU

Auch als Pilot ziehe ich die Sabine der Sabena vor.

Von André Ludin, 4020 Basel

Bitte knipse so, dass auch bei mir eine Leuchte über dem Haupt schwebt.

Felix Auer, 4103 Bottmingen (ausser Konkurrenz)



Direkte Demokratie

Bremsklotz der Revitalisierung

Vor zehn Jahren hatte Silvio Borner, Ökonomieprofessor an der Universität Basel, unter dem Titel «Schweiz AG: Vom Sonderfall zum Sanierungsfall» die Politiker mit einer kritischen Analyse zur direkten Demokratie aufrütteln wollen. In der Zwischenzeit haben wir mit der Inkraftsetzung der neuen Verfassung die alte Ordnung fortgeschrieben. Die vorgeschlagenen Reformideen verliefen im Sand. Geschehen ist nichts.

Walter Wittmann, der unermüdlich kämpferische Kritiker für eine moderne Schweiz, hat das Thema wieder aufgegriffen. Wohlweislich und erfahrungserprobt schreibt er am Schluss seines neuen Werkes: «Die in diesem Buch vorgeschlagenen Reformen dürften nicht auf breite Zustimmung stös-

sen. Das ist insofern verständlich, als die direkte Demokratie das herausragende Markenzeichen der Schweiz ist.» Und weiter: «Letztlich handelt es sich um einen Kampf gegen Windmühlen, wenn man versucht, der direkten Demokratie eine Schlankheitskur zu verordnen.» Trotzdem tut dies der von

der Freiburger Universität emeritierte Finanzwissenschaftler.

Schonungslos ruft er die in seinem Buch «Wohin treibt die Schweiz?» 1979 erstmals veröffentlichten Schwachstellen der direkten Demokratie in Erinnerung, reichert sie mit den Analysen von Professor Borner, aber auch seinen eigenen («Marktwirtschaft für die Schweiz», 1992, und «Die Schweiz – Ende eines Mythos», 1998) und der jüngsten St. Galler Studie «Mehr direkte Demokratie» (Kirchgässner 1999) an. Genüsslich zerplückt er die auf ökonomischen Modellen beru-

hende St. Galler Analyse mit dem Hinweis darauf, dass die Entscheidungs- und -findung auf Bundesebene subkutan, quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Unverblümt offen äussert er seine Meinung zur Landsgemeinde, zur Volkswahl des Bundesrates, zum Initiativ-, zum Referendumsrecht, kurzum zu den Grenzen der direkten Demokratie.

Wittmann stellt zu Recht die Frage, ob die direkte Demokratie nicht grundlegend zu reformieren sei, soll die Schweiz eine echte Zukunft haben. Seine Reformideen wollen der

Schweiz zu mehr Dynamik verhelfen. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts dürfen solche Themen- und Problemkreise zu Recht aufgeworfen werden.

Der im Sommer in Kanada lebende Bündner ist aber realistisch genug, hat er doch in einem Interview kürzlich festgestellt: Niemand, insbesondere kein Politiker wage zu sagen, er wolle die direkte Demokratie einschränken. «Wer das tut, wird nicht mehr gewählt. Deshalb tut es auch niemand. Die Schlaunen halten sich still. Ich bin halt nicht schlau und sage es. Aber ich muss auch nicht gewählt werden.»

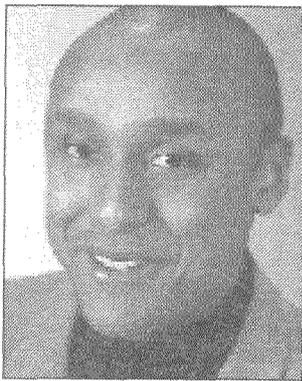
Walter Wittmann: Direkte Demokratie – Bremsklotz der Revitalisierung. Verlag Huber, Frauenfeld 2001. 171 Seiten, Fr. 32.50.

Polizei im Umbruch

Neue Ermittlungskompetenzen für den Bund

Der interkantonale Polizeieinsatz und das Aufgebot von Armeeeinheiten beim WEF in Davos haben in Erinnerung gerufen, dass der Bund über keine eigenen Polizeikräfte für den Ordnungsdienst verfügt. Anders stellt sich die Lage im Bereich der kriminalpolizeilichen Dienste dar, wo der Bund seine Kapazitäten mit verschiedenen Projekten, insbesondere mit der sog. Effizienzvorlage, massiv ausbaut und eine eigentliche Polizeireform in Gang gesetzt hat.

Von Michael Burkard,
Präsident der FDP-
Beamtenvereinigung



Michael Burkard

Auf der organisatorischen Ebene wurde mit dem Projekt «Strupol» das Bundesamt für Polizei (BAP) neu strukturiert. Gleichzeitig findet mit der sog. Effizienzvorlage (Projekt «EffVor») eine Kompetenzverlagerung im Bereich des organisierten Verbrechens statt. Das Projekt «EffVor» überträgt dem Bund im Bereich der organisierten Kriminalität, der Geldwäsche, der Korruption und der schweren Wirtschaftskriminalität neue Ermittlungskompetenzen. Die Umsetzung dieser Vorgabe erfor-

dert in den nächsten Jahren mehrere Hundertschaften für den Aufbau von Kompetenzzentren im BAP und beim eidgenössischen Untersuchungsrichteramt. Das benötigte Personal wird grösstenteils aus kantonalen Polizeikörpern und

Untersuchungsrichterämtern rekrutiert werden müssen. Die Kosten steigen bis ins Jahr 2004 sukzessive auf rund 80 Mio. Franken jährlich an, wobei der Vollausbau erst ca. 2008 erreicht wird und ein Mehreres an finanziellen und personellen Ressourcen benötigen dürfte.

Innere Sicherheit der Schweiz

Nebst diesem ehrgeizigen Projekt sind weiterführende Arbeiten wie die Konzeptskizze «Polizei XXI», das Armeeleitbild und insbesondere die Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz (USIS) zu erwäh-

Mutzli und der Elefant

oder schafft die Zirkusnummer endlich ab!

Am Sonntag, 4. März 2001, durfte Mutzli sie wieder einmal erleben, die berühmt-berüchtigte Elefantenrunde. Possierlich, wie es sich gehört von links nach rechts, scharten sich die mehr oder weniger grauen Dickhäuter um ihren Chefdompteur. Auf Kommando des Meisters gaben sie brav ihre Kunststückchen zum Besten. Alle hatten sie fleissig geübt und verpatzt ihren Auftritt nicht. Der rechtteste der Elefanten trompetete ganz besonders laut. Mit erhobenem

Rüssel posaunte er sich zur Freude des Dompteurs so richtig in Fahrt. Der Meister wusste diese Leistung mit vielen Dakapos zu belohnen! Doch nicht alle in der Arena teilen das Entzücken des Dompteurs an diesem von Hannibal so wohl dressierten Elefanten und seinem Tross. Sie fragen sich, warum man ihm so bereitwillig die Manege wieder und wieder überlässt. Mutzli weiss es: Der Elefant ist laut, und das ist es, was das zahlende Publikum interessiert. Und so ist die Rechnung schnell gemacht! ■

Einladung der FDP-Beamtenvereinigung

zu einem öffentlichen Podiumsgespräch

**Donnerstag, 5. April 2001,
18.15 Uhr, Käfigturm Bern**

mit anschliessendem Apéro

Es diskutieren:

- Erwin Beyeler, Stv. Direktor BAP und Chef Hauptabteilung Bundeskriminalpolizei
- Kurt Niederhauser, Kommandant Kantonspolizei Bern
- Daniel Blumer, Stv. Kommandant Stadtpolizei Bern
- Jean-Pierre Monti, Generalsekretär des Schweiz. Polizeibeamtenverbandes VSPB

nen. Diese parallel laufenden Projekte werden die schweizerische Polizeilandschaft tiefgreifend verändern. Sollte zudem die Idee einer Polizeireserve für den Ordnungsdienst auf Bundesebene wiederbelebt werden, zeichnet sich gesamthaft die Tendenz zu einer Zentralisierung und Professionalisierung der schweizerischen Polizeistrukturen ab.

Reform nicht gefährden

Einerseits sind diese verstärkten Anstrengungen des Bundes im Kampf gegen die Krake des organisierten Verbrechens insbesondere auch im Interesse des Finanzplatzes zu begrüssen. Andererseits können das forsche Ausbautempo und die starken Zentralisierungstendenzen föderalistische und finanzpolitische Bedenken auslö-

sen, welche ebenso wie datenschützerische Argumente und grundsätzlich polizeikritische Stimmen nach einer sorgfältigen Prüfung rufen, soll die Reform als Ganzes nicht gefährdet werden.

Diese Sachlage bildet Ausgangspunkt für eine öffentliche Podiumsveranstaltung der FDP-Beamtenvereinigung am Donnerstag, 5. April 2001, um 18.15 Uhr im Käfigturm in Bern mit anschliessendem Apéro (vgl. Talon). Im Vordergrund steht die Frage nach den Auswirkungen des Projekts «EffVor» auf die kantonalen und städtischen Polizeikörper am Beispiel des Kantons und der Stadt Bern. Es besteht die Möglichkeit, den hochkarätigen Referenten Fragen zu stellen. Es würde mich freuen, Sie an dieser Veranstaltung begrüssen zu dürfen. ■

EIN PAAR HAARE GEGEN DIE
VERWECHSLUNGSGEFAHR!



Karikatur Andreas Töns



Gern gesehen: Golf TDI.

• Liegt es am herausragenden Drehmoment? Lockt die Reichweite von bis zu 1400 Kilometern? Tatsache ist: Unsere Turbodiesel werden nach der Probefahrt nicht mehr zurückgebracht. Egal, welches Modell – vom Lupo 3L bis zur Gross-

raumlimousine Sharan. Wenn Sie also unterwegs einen TDI-Testwagen sehen: Halten Sie den Lenker schonend an und bitten Sie ihn oder sie freundlich, den Wagen wieder zurückzubringen. Vielen Dank für Ihre Mithilfe.

Einmal TDI, immer TDI.

